

Wachau-Leppersdorf, den 10.12.2008

Das Dilemma mit der Demokratie



Der 10.12.2006 war für Wachau und die Region Westlausitz eine Sternstunde der Demokratie. Die Bürger hatten sich mehrheitlich gegen den Bau eines EBS-Kraftwerkes in Leppersdorf entschieden und alle Beteiligten erklärten, diese Entscheidung respektieren zu wollen.

Dieser Entscheid jährt sich nunmehr zum zweiten Mal.

Der Trick "vorhabenbezogener Bebauungsplan"

Am 01.08.2007 erklärte die Müller Sachsen GmbH, das von den Bürgern abgelehnte Kraftwerk doch bauen zu wollen. Circa dreihundert Meter versetzt gelte der Bürgerentscheid nicht, wurde behauptet. Bei der Abstimmung sei es um die Änderung des **bestehenden** Bebauungsplanes gegangen.

Das ist zwar falsch, wurde aber inzwischen so oft wiederholt, dass es sich wie Wahrheit anhört.

Wie war es tatsächlich?

Gefragt wurden die Bürger, ob der Gemeinderat **durch Beschluss** eines entsprechenden **Bebauungsplanes** den Bau des vom Müller Milch Konzern gewünschten Kraftwerkes ermöglichen soll - **und zwar grundsätzlich**. Die Bürger haben „**nein**“ **gesagt** – und zwar grundsätzlich. Von einer Änderung des bestehenden Bebauungsplanes ist nicht die Rede. Der von Müller Milch beanspruchte vorhabenbezogene Bebauungsplan entspricht dem von der Fragestellung erfassten „entsprechenden Bebauungsplan“ und wenn das Kraftwerk gebaut werden sollte, entsteht dies zwingend im Industriegebiet Leppersdorf. Genau das

wurde doch schon abgelehnt, mehrheitlich, demokratisch!

Wie reagierte die Gemeinde?

Der damalige Bürgermeister und einige Gemeinderäte waren von der Idee der Müller Sachsen GmbH begeistert und so fasste bereits am 12.09.2007 der Gemeinderat mit den Stimmen der Gemeinderäte Kathrin Jahn, Stefan Cyriax, Andreas Känner, Jürgen Großmann, Christian Franke, Wolfgang Opitz, Thomas Redmer, Andreas Schneider und Jürgen Kötzing den Aufstellungsbeschluss und leitete das vorhabenbezogene

Anzeige



Unserer Kundschaft
wünschen wir eine
schöne Adventszeit

Ihr Kfz-Servicebetrieb am
Kaufland Großbröhnsdorf



Bebauungsplanverfahren ein.

Die Beruhigung des Gewissens erfolgte wie folgt:

Die **Gemeinde war bemüht**, den von ihr veranlassten **Bürgerentscheid** generell als **rechtsunwirksam zu deklarieren**. **Dem folgte das Landratsamt nicht**.

Am 13.02.2008 erklärte der Leiter des Rechtsaufsichtsamtes vor dem Gemeinderat, dass der **Bürgerentscheid** vom 10.12.2006 **zulässig und rechtswirksam** sei. Allerdings verliere er seine Wirkung an der Grenze des bestehenden Gewerbegebietes (Argumentation und Kommentar hierzu siehe oben).

Was tun und wie reagiert die Gemeinde auf das Tun der Bürger?

Die Bürger gaben trotzdem nicht auf.



Nachdem ein Bürgerbegehren aus formellen Gründen zurückgewiesen wurde, wurde nunmehr ein **Begehren gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes eingereicht**. Hier seien, so der Bürgermeister, die Formalien in Ordnung. Trotzdem schlug er die Ablehnung der Durchführung eines Bürgerentscheides vor, weil das Begehren mit dem rechtswidrigen Bürgerentscheid vom 10.12.2006 verknüpft sei und gesetzwidrig die Bauleitplanung berühre.

Rechtswidrig? Gesetzwidrig?

Zu beiden Fragen hat die Rechtsaufsicht am 13.02.2008 Stellung genommen und Rechts- und Gesetzwidrigkeit verneint. Wird von dieser Stellungnahme ausgegangen, ist die vom Bürgermeister gewünschte Ablehnung ohne Begründung. Trotzdem bleibt die Beschlussvorlage und wir sind gespannt, wie sich nunmehr die Gemeinderäte entscheiden werden. Ein neuer Termin steht für diese Entscheidung noch nicht fest.

Man kann sich auch ohne Gründe gegen demokratische Mitwirkung entscheiden, man kann aber auch für demokratische Mitwirkung sein. (bh)

Nachbetrachtung Sternmarsch

Trotz Regen und Sturmwetter zeigten entgegen anderen Behauptungen circa fünfhundertfünfzig Teilnehmer ihren Widerstand gegen eine geplante Müllverbrennungsanlage für eine gesunde Westlausitz.

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen Teilnehmern und verbinden diesen Dank mit der Hoffnung, dass zukünftige Aktionen genauso unterstützt werden.



Sternmarsch in Leppersdorf

Petition an Sächsischen Landtag

Wir planen in Dresden eine Demo vor dem Sächsischen Landtag und überreichen an diesen eine Petition. Gleichzeitig soll ein größerer Personenkreis für dieses

Anzeige

Hier könnte Ihre Anzeige stehen

GESUNDE ZUKUNFT E.V.

Informationen erhalten Sie bei
Robert Zimmermann
rz@gesunde-westlausitz.de
Tel.: 035 9 55 | 74 91 32

Thema sensibilisiert werden. Das Thema Müllverbrennung bei Müllermilch betrifft nicht nur Wachau und die Nachbargemeinden. Wie in Wachau mit dem Thema „Demokratie“ verfahren wird, dürfte auch für „Dresdner“ mehr als interessant sein.

Wann soll die Demo stattfinden?

Die Zeitpläne der Müllverbrennungsfreunde sind etwas außer Tritt geraten. Bürgermeister Künzelmann sieht dafür Differenzen bei den Grundstücksgrenzen (evtl. sogar aus DDR-Zeiten) als Grund. Landrat Harig dagegen sieht eine zu korrigierende Immissionsprognose. Diese erfordert dann wegen anderen Belastungswerten eine neue öffentliche Auslegung der Bauunterlagen. Über die wirklichen Gründe lässt sich also nur mutmaßen.

Was wichtig ist: aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Deshalb planen wir die Demonstration Anfang 2009, an einem Nachmittag. Wir hoffen wieder auf zahlreiche Teilnehmer aus der Region Westlausitz sowie Dresden.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien eine fröhliche Adventszeit, frohe Weihnachten, ein gesundes neues Jahr sowie eine ...

„Gesunde Zukunft“ e.V.

www.gesunde-westlausitz.de

Waldstr. 17 | 01454 Wachau

